

Meinung

AFGHANISTAN

Behinderte Aufklärung

Erstaunliche Zeiten. Da gerät erst ein Oberst, dann der beliebteste Politiker Deutschlands und schließlich die Regierung wegen eines Bombenangriffs in Not und sucht ihr Heil in einem von der Opposition durchgedrückten Untersuchungsausschuss. Eine solche freiwillige Selbstausslieferung ist nicht alltäglich. Die Motive aber sind ganz eigennützig. Zum einen verspricht sich Merkels Regierung einen erheblichen Zeitgewinn. Frühestens Mitte Januar wird der Ausschuss mit der Arbeit beginnen. Erst kommt die Sachaufklärung anhand Tausender Dokumente, dann folgt die Armee der Chargen, die Rede und Antwort stehen müssen. Und vielleicht irgendwann nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl winden sich die politisch Verantwortlichen.

Zum Zweiten muss dieser Ausschuss als Ableger des Verteidigungsausschusses unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen. So will es das Grundgesetz. Dabei sind die entscheidenden Fragen diesmal weder verteidigungspolitischer noch militärischer Natur. Es geht in erster Linie um Regierungshandeln und um die Frage, wer was wann und wo kommuniziert oder verschwiegen hat, vielleicht gar Wissen auf strafrechtlich relevante Art unterschlagen hat.

Dass sich die Regierung mit aller Macht und allen Tricks davor drücken will, sofort Rede und Antwort zu stehen, ist ein dreistes Stück Demokratieverachtung. Es ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass sie etwas zu verbergen hat. Womöglich, so eine Arbeitsthese des Ausschusses, wurde nicht nur der Öffentlichkeit, sondern vor allem auch der Nato von deutscher Seite manches an Information vorenthalten, was für eine Beurteilung des Angriffs von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der aufgetauchte Brief Kleins an Schneiderhan liefert den ersten Baustein zu dieser These.

Womöglich haben die höchsten Entscheider in der Regierung die CDU-Parteispendenaffäre in allzu guter Erinnerung. Keiner der Gesetzesbrüche und Verstöße gegen das Parteispendinggesetz wurde vom damaligen Ausschuss aufgedeckt. Er war vielmehr ein wahres Massengrab für viele Wahrheiten über illegale Machenschaften. Das war eine große, bildende Lehrstunde für Angela Merkel. Sie zog damals die Konsequenz, mit Helmut Kohl zu brechen. Wo steht sie jetzt, da es um ihre eigene schwarz-gelbe Regierung geht?

Rüdiger Scheidges scheidges@handelsblatt.com

Scheidges, Rüdiger